

(Präsident.)

- (A) (Nr. 340.) Desgleichen über den mittels Königlichen Dekrets Nr. 18 vorgelegten Personen- und Besoldungsplan der Landes-Brandversicherungsanstalt auf die Jahre 1918 und 1919.

(Nr. 341.) Antrag zum mündlichen Berichte der Beschwerde- und Petitionsdeputation über die Petition des Vereins Leipziger Fachlehrerinnen für Nadelarbeiten um Verleihung der Rechte ständiger Lehrerinnen.

(Nr. 342.) Desgleichen über die Beschwerde und Petition des Christian Dressel in Crimmitschau, die Besteuerung des Grundbesitzes betreffend.

**Präsident:** Die Gegenstände zu Nr. 339 bis mit 342 kommen zur Schlußberatung auf eine Tagesordnung.

(Nr. 343.) Anzeige der Beschwerde- und Petitionsdeputation über die für unzulässig erklärte Petition des Louis Levy in Frankfurt a. M., allgemeinen Inhalts.

**Präsident:** Die Anzeige wird gedruckt und verteilt.

(Nr. 344.) Antrag zum mündlichen anderweiten Berichte der außerordentlichen Deputation über das Königliche Dekret Nr. 42 vom Landtag 1915/16, den Entwurf eines Gesetzes über das staatliche Kohlenbergbaurecht betreffend, und über die hierzu eingegangenen Petitionen.

- (B) (Nr. 345.) Bericht der Finanzdeputation A über Kap. 59 des ordentlichen Staatshaushaltsplans für 1918/19, Akademie für graphische Künste und Buchgewerbe zu Leipzig usw. betreffend.

(Nr. 346.) Antrag zum anderweiten mündlichen Berichte der Finanzdeputation B über Tit. 20 des außerordentlichen Staatshaushaltsplans auf die Jahre 1918 und 1919, Erweiterung des Bahnhofes Löbau (Sa.) — erster Teilbetrag — betreffend.

(Nr. 347.) Desgleichen über Tit. 29 des außerordentlichen Staatshaushaltsplans auf die Jahre 1918 und 1919, Erweiterung der Abkocherei und Errichtung einer Drehgestellwerkstatt für die Wagenabteilung in Engelsdorf bei Leipzig betreffend.

(Nr. 348.) Desgleichen über Tit. 34 des außerordentlichen Staatshaushaltsplans für 1918/19, Erbauung eines Überholungsgleises und Beseitigung eines schienengleichen Überganges auf dem Bahnhofe Gutenfürst betreffend.

(Nr. 349.) Desgleichen über die Petition des Kanalvereins Leipzig, sowie über die Anschließpetition des Rates der Stadt Leipzig, die Erbauung eines Leipzig-Saale-Kanals betreffend.

**Präsident:** Die Anträge und Berichte Nr. 344 bis mit 349 kommen zur Schlußberatung auf eine Tagesordnung.

Entschuldigt sind für heute die Herren Abgeordneten Dr. Niethammer und Hettner wegen dringender Geschäfte.

Wir treten in die Tagesordnung ein: 1. Schlußberatung über den mündlichen Bericht der Beschwerde- und Petitionsdeputation über die Petition der Vorsitzenden der Landwirtschaftlichen Vereine zu Klotzsche, Reichenberg und Genossen, die gleichmäßige Aufbringung von Schlachtrindern im Königreiche Sachsen betreffend. (Drucksache Nr. 173.)

Berichterstatter Herr Abgeordneter Träber.

Ich eröffne die Debatte und gebe ihm das Wort.

**Berichterstatter Abgeordneter Träber:** Meine Herren! Die Vorsitzenden der landwirtschaftlichen Vereine zu Klotzsche, Radeberg, Wachau, Lomnitz, Lausa und Langebrück haben sich an die Ständerversammlung mit der Bitte gewandt, doch dahin wirken zu wollen, daß die Viehaufbringung zur Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch einheitlicher geregelt werde, daß allzu tiefe Eingriffe in die Viehbestände im Interesse der Viehhalter und auch im Interesse der Volksernährung möglichst vermieden werden.

Nach den Angaben der Petenten — und diese Angaben entsprechen, wie ich genau untersucht habe, voll der Wahrheit — sind den Landwirten in der Amtshauptmannschaft Dresden-N. bisher 40 Prozent des Rinderbestandes zu Schlachtzwecken weggenommen, und abermals sind wieder 20 Prozent zu Schlachtzwecken ausgezeichnet. Das sind so starke Eingriffe, daß die Viehhaltung eines solchen Kreises auf Jahrzehnte hinaus nicht wieder auf die alte Höhe gebracht werden kann.

(Sehr richtig! rechts.)

Es soll hier ununtersucht bleiben, auf welche verfehlte Maßnahmen die große Abschachtung von Zuchttühen zurückzuführen ist, die Hauptfrage, die uns zu beschäftigen hat, ist die, ob nicht der eine Kreis weit härter daran kommt als der andere. Die Eingabe der Vereine hat eine volle Berechtigung. Die Sache ist von höchstem und allgemeinem Interesse, und so hat die Beschwerde- und Petitionsdeputation die Zuziehung eines Regierungskommissars beantragt, der ja auch der Sitzung vom 19. März beigewohnt hat. In dieser Sitzung sind von mir dem Herrn Kommissar alle die Klagen vorgetragen worden, die in der Petition zum Ausdruck kommen. Ich habe auch betont, daß die behördlichen Anordnungen von vornherein an dem Fehler krankten, daß sie lediglich auf die Verteilung und Erfassung gerichtet waren, daß man zu wenig auf die Erhaltung und Förderung der Erzeugung bedacht war. So sind wir in Deutschland zu zeitig dazu gekommen, aus der Hand in den Mund zu leben. Aber